

**Niederschrift
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23.10.2012**

Sitzung Nr. 9 Ö	am Dienstag, 23. Oktober 2012
------------------------	--------------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfeleiderer Susanne

Haffner Gerhard Rehorst Tobias

Hanke Dr. Paul Rössler Beate

Heger Roman Runde Anneliese

Heger Rudi Schell Achim

Heim Andrea Speckert Benjamin

Herling Michael Speckert Ferdinand

Ittensohn Karl Stegmüller Reino

Klemenz Birgit Vetter Theo

Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Werner Kleiber, Markus Kreibiehl (bis 21:10 Uhr), Angelika Laux, Harry Zorn; Dr. Frank Gericke, Elke Gericke, (Büro Modus-Consult) bei TOP 4, Dipl.-Ing. Gerold Ebert, Herr Weber (Büro Miltner) bei TOP 7

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:50 Uhr

Die Sitzung wird vom Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 11.10.2012 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Roland Hecker

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergehen nachträgliche Glückwünsche zu den Geburtstagen der Gemeinderäte Achim Schell, Albert Weinlein, Michael Herling und Gemeinderätin Beate Rössler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass an den dem Gemeinderat bereitgestellten Unterlagen zum Thema „zentrale Trinkwasserenthärtung“ bis zuletzt gearbeitet wurde und diese deshalb dem Gemeinderat relativ spät zur Verfügung gestellt wurden.

Er weist auf eine den Gemeinderäten aufgelegte ausgedruckte E-Mail hin, die den Gemeinderat zu einem Thema der Kernzeitbetreuung im Ortsteil Rot informieren soll.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 25. September 2012 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 25. September 2012	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger gibt folgende in der Sitzung am 25.09.2012 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Gewährung eines Gemeindedarlehens an den Wassergewinnungszweckverband „Hardtwald“; Änderung der Konditionen
- Besetzung der Schulleiterstelle der Mönchsbergschule
- Erwerb des Grundstückes ehem. Metzgerei Speckert
- Vergabe von Baugrundstücken der Gemeinde
- Information Sachstand Ankauf Ackerflächen
- Personalangelegenheiten

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Tobias Rehorst und Benjamin Speckert als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Bürgermeister Dr. Eger weist vor Aufruf der weiteren Tagesordnungspunkte darauf hin, dass die Tagesordnung flexibel zu behandeln ist, weil sich die bei Tagesordnungspunkt 4 vortragenden Vertreter des Büros Modus-Consult etwas verspäten werden.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 3

Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung

Ausführungen und Beschluss:

Es werden keine Wünsche oder Anfragen vorgetragen.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 4

Umgestaltung Ortsdurchfahrt Rot, 1. Bauabschnitt

hier: Straßenumgestaltung zwischen Kreuzung Erlengrund und Kreuzung Wieslocher Straße

Ergebnis des Prüfauftrags

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber erinnert daran, dass sich der Gemeinderat in der Mai-Sitzung mit den Kreisverkehren bei den Einmündungen Wieslocher Straße und Erlengrund sowie mit dem Bereich Zehntscheune befasste. Er geht auf die weiteren Vorgaben wie Deckensanierung und Verschmälerung der Fahrbahn zwischen den Kreisverkehren ein. In der weiteren Behandlung des Themas wurden Anregungen hinsichtlich Rinnengestaltung und Pflasterung eingebracht, was zum Beschluss im Mai führte, keine Pflasterung vorzusehen. Weiter wurden verschiedene Möglichkeiten der Verengung der Fahrbahn planerisch betrachtet.

Herr Dr. Frank Gericke, Büro Modus-Consult, weist darauf hin, dass es bei den Planungen darauf ankomme, dass bei den Kreisverkehren nicht so angebunden wird, dass durchgefahren werden kann. Dies werde bei einer Verschwenkung der Hauptstraße nicht eingehalten.

Frau Elke Gericke, Büro Modus-Consult, weist in ihren Ausführungen darauf hin, dass bei der Planung Überlegungen hinsichtlich bestehender Leitungsführungen, Baumpflanzungen, Stellplätze etc. eine Rolle gespielt haben und dabei der gesamte Bereich zwischen den Kreisverkehren betrachtet wurde. Bei der vorgeschlagenen Planungsvariante werden die Kreisverkehre gut angefahren, die Hauseinfahrten berücksichtigt und die Stellplätze erhalten. Da es sich um eine Hauptstraße handle, sei eine Bordsteinanlage notwendig und vorgeschrieben, weshalb ein Rundbord vorgesehen ist. Auf eine eventuelle Pflasterung eingehend erklärt sie, dass damit Lärmbelastigungen entstehen, weshalb eine optische Asphaltgestaltung vorgeschlagen wird.

Bauamtsleiter Werner Kleiber geht auf die Stellplatzfrage ein und erläutert anhand des aufliegenden Planes die Entscheidungsgrundlagen. Aufgrund der Hausausfahrten wären im südlichen Teil lediglich zwei Stellplätze zusätzlich möglich, im nördlichen Teil dagegen vier.

Bürgermeister Dr. Eger geht auf die Befangenheitsfrage mit dem Hinweis ein, weil nicht in Grundstücke eingegriffen werde, liege keine Befangenheit vor. Falls jemand deswegen Bedenken hätte, könne er sich für befangen erklären.

Gemeinderat Theo Vetter geht am Anfang seiner Ausführungen auf die Gründe ein, die zu den von den Freien Wählern gewünschten Änderungen führen sollten. Dabei haben die Stellplatzsituation, der Straßenverlauf und das Weglassen des Bordsteins aus Sicherheitsgründen eine Rolle gespielt. Da seine Fraktion die Gefahr eines Durchschusses nicht sehe, betrachte sie eine Verschwenkung der Fahrbahn weiterhin als sinnvoll. Die Verminderung der Stellplätze sei bedauerlich, jedoch stehen auf den Grundstücken selbst jeweils Stellplätze zur Verfügung. Für seine Fraktion sei wichtig, dass die Frage von weiteren Baumpflanzungen geprüft werde. Hinsichtlich des Bordsteines sei seine Fraktion kompromissbereit, wünsche jedoch die niedrigste Variante eines Bordsteins, falls eine Rinne nicht realisierbar ist. Ziel des Antrags seiner Fraktion sei gewesen, durch entsprechende Gestaltung den Verkehr zu verlangsamen. Er bittet die anderen Fraktionen, die Lösungsansätze seiner Fraktion zu unterstützen.

Gemeinderat Roman Heger weist darauf hin, dass die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Rot bereits beschlossen ist. Seine Fraktion könne den Antrag der Freien Wähler grundsätzlich unterstützen, wobei die vorgeschlagene Pflasterung am Anfang und am Ende des Bereiches abgelehnt werde, weil die Erfahrungen in den Neubaugebieten gezeigt haben, dass mit der Pflasterung Lärmbelastigungen entstehen. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Gemeinderat Dr. Paul Hanke geht in seiner Stellungnahme auf die positiven Ziele des Antrags der Freien Wähler ein, weist aber darauf hin, dass dadurch Gefahrenstellen beim Mini-Kreisverkehr am Erlengrund entstehen. Für seine Fraktion gehe es darum, den Verkehr flüssig zu halten, aber zu verlangsamen. Er geht auf die vorgesehene Pflasterung ein, die deswegen abgelehnt wird, weil sie wenig haltbar sei und Lärm verursache. Aus Sicherheitsgründen sei für seine Fraktion überlegenswert, eine Rinne statt des Bordsteins vorzusehen. Ansonsten stimme seine Fraktion der Planung zu.

Gemeinderat Rudi Heger spricht sich wegen der Lärmbelastigung gegen eine Pflasterung und für die farbliche Gestaltung des Straßenbereiches aus. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion.

Gemeinderätin Andrea Heim spricht sich für die farbliche Gestaltung der Fahrbahn aus und spricht sich wegen des Sicherheitsaspektes für eine Rinne aus. Sie signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion.

Gemeinderat Theo Vetter stellt eine modifizierte Verschwenkung der Fahrstraße dar und erklärt, dass seine Fraktion auch auf die Pflasterung verzichten könne.

Herr Dr. Frank Gericke geht auf die modifizierte Verschwenkung der Fahrbahn ein und erklärt, dass dies zwar planerisch darstellbar sei, in der Realität kaum gefahren werde, wodurch es zu Problemen im Gegenverkehr kommen könne. Der Verkehr werde künftig durch den Bau der Mini-Kreisel gebremst, weil die Strecke zwischen den Kreiseln nicht ausreiche, auf die heute auf der Hauptstraße festgestellte Geschwindigkeit zu

kommen. Am Thema Bordstein sei festzuhalten, dass die Straßenverkehrsordnung für Hauptverkehrsstraßen eine Trennung vorsehe, was den Bordstein erforderlich mache, der als niedriger Rundbord vorgesehen werden könne. Bei der Rinne, die nach der StVO nicht möglich ist, ist auch auf die haftungsrechtlichen Folgen hinzuweisen.

Bürgermeister Dr. Eger erläutert sein Verhalten bei den kommenden Abstimmungen. Eine Pflasterung sei für ihn wegen der damit zusammenhängenden Lärmbelästigung nicht akzeptabel. Auf eine Rinne sollte wegen den mit dem möglichen Überfahren verbundenen Gefahren verzichtet werden, weshalb er dem abgesenkten Bordstein zustimmen werde.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die von den Freien Wählern beantragte Fahrbahnführung mit der Verschwenkung zur Abstimmung:

Der Gemeinderat lehnt diese Variante bei 7 Ja- Stimmen und 1 Enthaltung, mit 14 Gegenstimmen ab.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die vom Büro Modus-Consult vorgeschlagene Fahrbahnführung ohne Verschwenkung, mit zwei neuen Stellplätzen, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat stimmt dieser Variante mit 21 Ja- Stimmen, bei 1 Enthaltung, zu.

Bürgermeister Dr. Eger stellt die Realisierung des abgesenkten Bordsteins, der verkehrlich so tief wie möglich ausgebildet wird, zur Abstimmung.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Weiter stellt **Bürgermeister Dr. Eger** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Kosten für diese Umgestaltung und Sanierung belaufen sich auf ca. 80.000 - 90.000 €. Der Planungsauftrag an das Ingenieurbüro Modus-Consult ist entsprechend zu erweitern.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeister Dr. Eger schlägt hinsichtlich der gewünschten Pflanzungen von Bäumen vor, dass weitere Standorte geprüft werden.

Der Gemeinderat ist damit einverstanden.

Mit dem Dank an Herrn Dr. Frank Gericke und Frau Elke Gericke schließt **Bürgermeister Dr. Eger den Tagesordnungspunkt.**

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Sanierung „Ortskern III“ in St. Leon und „Ortskern IV“ in Rot	
- Sachstandsbericht	
- Aufstockungsantrag	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass keine Beschlüsse anstehen, sondern über den Sachstand berichtet wird.

Bauamtsleiter Werner Kleiber informiert, dass bis Mitte November ein Sachstandsbericht an das Regierungspräsidium zu erstatten ist. Weiter sind eventuelle Aufstockungsanträge bis Ende dieses Monats an das Regierungspräsidium zu stellen. Die heute versandten Aufstockungsanträge sind notwendig, weil im Ortsteil Rot für 10 private Objekte und im Ortsteil St. Leon für sechs private Objekte Sanierungsvereinbarungen mit einem Zuschussumfang von 250.000 € abgeschlossen wurden. Weiter habe die Gemeinde ihre Vorhaben zusammengestellt und angemeldet, wofür 215.000 € Zuschuss anfallen. Von dem im Rahmen des Sanierungsprogramms gewährten 600.000 € sind rund 475.000 € bereits gebunden. Es sei erfreulich, dass die Sanierung so gut anlaufe, wobei die Zuschussbeträge im privaten Bereich darauf hinweisen, dass Investitionen von rund 1 Million € erfolgen.

Gemeinderat Karl Ittensohn ist erfreut darüber, dass die Sanierung so gut angenommen wird, weshalb zeitnah entsprechende Aufstockungsanträge erfolgen sollen, damit kein Abriss entstehe. Er freue sich über den Abruf der Mittel und signalisiert Zustimmung.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 26.07.2012; hier: Stellungnahme der Gemeindeprüfanstalt	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Karl Ittensohn geht auf die Gründe des Antrags seiner Fraktion ein. Er unterstreicht, dass der Handlungsspielraum für Gemeinderat und Verwaltung bei Auftragsvergaben gering sei und sich beide bei der Entscheidung im August fest konform verhalten haben. Seine Fraktion werde auch in Zukunft entsprechend den gesetzlichen Regelungen zustimmen. Er bittet darum, dass künftig bei ähnlichen Situationen keine Diskussionen entfacht werden, die nicht zielführend sind, weil von dem Vergabevorschlag nicht abgewichen werden kann.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 7

Neubau eines Wasserwerks in St. Leon-Rot

hier: Studie über Kosten einer zentralen Trinkwasserenthärtung allein für die Gemeinde St. Leon-Rot

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger erinnert an die Bürgerversammlung zu diesem Thema und daran, dass immer wieder die Frage nach einer zentralen Trinkwasserenthärtung gestellt wurde. Es sei geklärt worden, dass das geförderte Trinkwasser neben St. Leon-Rot auch an den Zweckverband „Letzenberggruppe“ geliefert werde, der jedoch kein Interesse an einer zentralen Trinkwasserenthärtung habe. Deshalb wurde bei der Planung des neuen Wasserwerkes die Möglichkeit vorgesehen, allein für St. Leon-Rot eine Enthärtungsanlage zu ermöglichen. Bei der Bearbeitung habe man auch weitere Auswirkungen im Bereich der Abwasserentsorgung berücksichtigt.

Herr Dipl.-Ing. Gerold Ebert, Ingenieurbüro Miltner, hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und stellt das Thema im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Er geht dabei auf die Empfehlung der DVGW ein, wonach eine zentrale Enthärtung erst ab einem Härtegrad von mehr als 21° dH geprüft werden soll. Daraus folge, dass seitens des Wasserversorgers als Betreiber der Anlage keine Notwendigkeit für eine Wasserenthärtung gegeben ist. In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Ebert auf die verschiedenen Verfahren, deren Vorteile und Nachteile ein. Eine zentrale Enthärtungsanlage verringere die Kalkabscheidung und vermindere den Waschmittelbedarf, weiter werde eine Versalzung des Abwassers vermieden. Nachteile seien die hohen Investitions- und Betriebskosten, der erhöhte technische und personelle Aufwand und die hohen Qualifikationsanforderungen an das Betriebspersonal. Es werde das gesamte Trinkwasser enthärtet, Probleme bei der Beseitigung von Abfällen und Abwasser bestehen, ökologische Auswirkungen seien festzustellen und Veränderungen in der Zusammensetzung des Lebensmittels „Wasser“. Weiter werde in der vorgestellten Studie festgestellt, dass die Entkalkung des Wassers Mehrkosten im Bereich der Wassergebühren je nach Verfahren zwischen 0,318 und 0,652 € je m³ Wasser nach sich ziehen. Weiter sei zu berücksichtigen, dass auch in der Abwasserentsorgung Investitionen notwendig werden, die gebührenrelevant sind.

Einen wichtigen Aspekt stellt Herr Ebert vor, wonach durch das enthärtete Trinkwasser Probleme in den Wasserleitungssystemen der Gemeinde und der privaten Haushalte entstehen können.

Bürgermeister Dr. Eger weist darauf hin, dass wegen des komplexen Themas nicht alle Facetten untersucht wurden. Dies betreffe den Zustand des Leitungsnetzes, das in weiten Bereichen 40-50 Jahre alt ist, und für das die Auswirkungen der Durchleitung von enthärtetem Trinkwasser nicht festgestellt wurden. Gleiches gelte für den Bereich der Abwasserentsorgung, für den eventuelle Auswirkungen noch nicht untersucht wurden und die bereits jetzt am Limit erfolge. Die Gesamtbetrachtung habe die Verwaltung veranlasst, sich im Beschlussvorschlag nicht für den Bau einer zentralen Enthärtungsanlage auszusprechen. Damit könne man zwar nicht jedem gerecht werden, es sei aber im privaten Bereich individuell weiter möglich, das Wasser dezentral zu enthärten.

Gemeinderat Karl Ittensohn bedankt sich für die umfassende Information und erklärt, dass seine Fraktion eine zentrale Enthärtungsanlage aus Umweltgründen nicht befürworten könne. Es werde in das wichtige Gut „Trinkwasser“ eingegriffen und hohe Investitionskosten verursacht. Weiter werden die privaten Haushalte durch höhere Gebühren belastet. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion, die darauf basiere, dass eine zentrale Enthärtungsanlage ökologisch und ökonomisch nicht notwendig ist.

Gemeinderat Walter Götzmann bezieht sich auf die dargestellten Vor- und Nachteile und erklärt, dass die CDU-Fraktion St. Leon-Rot sich ebenfalls gegen eine zentrale Wasserenthärtungsanlage ausspricht. Er schlägt vor, die vorgestellten Zusammenhänge klar verständlich zu veröffentlichen, um sie für die Bevölkerung nachvollziehbar zu machen.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Kosten nicht nur im privaten Bereich anfallen, sondern von allen Endverbrauchern zu tragen sind. Durch den zusätzlichen Abwasseranfall würden im Abwasserbereich umfangreiche Investitionen erforderlich, die sich auf der Gebührensseite auswirken. Die allergrößten Befürchtungen resultieren aus den Auswirkungen auf das gemeindliche Trinkwassernetz, die bisher noch nicht untersucht wurden. Die Gemeinde versuche, das alte Wassernetz im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Eigenbetriebs „Wasserversorgung“ zu erneuern. Das enthärtete Trinkwasser könne zu nicht voraussehbaren Veränderungen im Wassernetz führen.

Auf die Frage von Gemeinderat Karl Ittensohn eingehend erklärt **Herr Ebert**, dass im Neubau des Wasserwerkes berücksichtigt werde, dass eine zentrale Wasserenthärtungsanlage in Zukunft nachgerüstet werden kann.

Gemeinderat Ferdinand Speckert erwähnt die Vor- und Nachteile und die Auswirkungen im Abwasserbereich, die dazu führen können, dass die positiven Erwartungen nicht erfüllt werden. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise bringe das Ergebnis, dass es zu Gebührenerhöhungen beim Wasser, aber auch beim Abwasser kommen werde. Es führe auch zu Befürchtungen bei der Bevölkerung, wenn in natürlich gutes Wasser eingegriffen wird. Weiter könne es nicht nur zu Beeinträchtigungen im öffentlichen Wassernetz, sondern auch in den privaten kommen. Aufgrund der gesamten Überlegungen sei seine Fraktion mehrheitlich der Meinung, es beim derzeitigen Stand zu belassen.

Gemeinderat Michael Herling erklärt, natürlich sei seine Fraktion offen für weitere Untersuchungen, jedoch

sei klar, dass diese aufgrund der hohen Investitionskosten zu Gebührenveränderungen führen werden. Deshalb stimme seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu.

Gemeinderat Michael Herling weist auf die Gefahren in privaten Wasserversorgungsanlagen hin, die durch das enthärtete Trinkwasser entstehen können. Vorteile ergäbe es im Bereich der Neubauten, die bereits enthärtetes Wasser beziehen können. Diese Überlegungen führen in seiner Fraktion dazu, dass sich diese dem Verwaltungsvorschlag anschließt.

Herr Dipl.-Ing. Gerold Ebert bestätigt die Einschätzung, dass das enthärtete Trinkwasser den eventuell jetzt in Wasserleitungen vorhandenen Film abtrage, was zu vermehrten Schäden führen könne. Dies führe bei der betroffenen Bevölkerung zu Verärgerungen.

Für **Gemeinderätin Andrea Heim** stimmt der Kosten-Nutzen-Faktor nicht, weil Gebührenerhöhungen, Probleme mit der Kläranlage und dem Wassernetz und eventuell eine langfristige Veränderung des Wassers die Folge sein können. Deswegen stimme ihr Fraktion für den Verwaltungsvorschlag.

Auf die entsprechende Frage von **Gemeinderat Albert Weinlein** nach der ernährungswissenschaftlichen Komponente der Enthärtung des Trinkwassers erklärt **Herr Ebert**, dass die im Wasser enthaltenen Inhaltsstoffe nicht komplett beseitigt werden. Bei einer vorgesehenen Resthärte von 8° dH würden die Kalkbildner Magnesium und Calcium nach wie vor enthalten sein, bei denen auch gewisse Restwerte nicht unterschritten sein dürfen.

Auf Nachfrage von **Gemeinderätin Birgit Klemenz** bestätigt **Herr Ebert**, dass die privaten Entkalkungsanlagen das Abwasser mit Salzen belasten. **Gemeinderätin Birgit Klemenz** erklärt, dass man zu diesem Thema in einer Bürgerversammlung informieren und eventuell einen Bürgerentscheid durchführen sollte.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass auch verwaltungsintern schon über das Thema Bürgerentscheid nachgedacht wurde, jedoch sei man der Meinung, dass der Gemeinderat als gewähltes Gremium die Entscheidung treffen sollte. Die Verwaltung stehe auch einem Bürgerentscheid offen gegenüber, zu dem dann entsprechend informiert werden würde. Zu diesem Thema müsse sich auch der Gemeinderat noch äußern.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich zurzeit gegen den Bau einer zentralen Enthärtungsanlage allein für die Gemeinde St. Leon-Rot aus und schließt sich der Mehrheit des Wassergewinnungszweckverband Hardtwald an.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 8
Zuschuss nach den Vereinsförderrichtlinien; hier: Musikverein 1911 St. Leon e.V.	

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Rudi Heger ist befangen; er nimmt während der Beratung und Beschlussfassung im Zuhörer-raum Platz.

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die **Gemeinderäte Tobias Rehorst** und **Gerhard Haffner** stimmen für ihre Fraktionen dem Zuschuss für die Beschaffung der F-Tuba zu. Sie wünschen dem Verein musikalischen Erfolg mit dem neuen Instrument.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Musikverein 1911 St. Leon e.V. wird bei der Beschaffung einer F-Tuba mit einem Gesamtaufwand von 9.722 € mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 3.208 € unterstützt.

Die Mittel sind im Haushaltsplan 2013 zu veranschlagen und nach Vorlage der Rechnung auszubehalten.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 9
Neue Schließanlage Parkringschule Grund- und Werkrealschule St. Leon-Rot und Mönchsberg-Grundschule St. Leon-Rot (Amokschutz)	

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Die **Gemeinderäte Susanne Pfeleiderer, Roman Heger, Benjamin Speckert, Michael Herling und Beate Rössler** signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem Beschlussvorschlag.

Es wird dabei gefragt, ob auch andere Objekte der Gemeinde ausgestattet werden. Weiter wird darum gebeten, die Zutrittsberechtigungen zu ermitteln und eindeutig festzulegen, um Gefährdungen auszuschließen. Es wird nach dem Erfordernis gefragt, Schülerinnen und Schüler zu informieren und ob durch die Installation der neuen Schließanlage die Fluchtwege nicht blockiert werden.

Hinsichtlich der gestellten Fragen wird informiert, dass nicht alle Objekte der Gemeinde ausgestattet werden. Der Zutritt zu den Einheiten wird über die Programmierung der Transponder gesteuert. Nach der entsprechenden Verwaltungsvorschrift ist es notwendig, alle Schülerinnen und Schüler über die Bedeutung der Alarmerung zu unterrichten. Es wird verwaltungsintern geprüft, ob das Bauamt ausreichend unterstützen kann, notfalls wird ein Ingenieurbüro beauftragt. Hinsichtlich der Fluchtwege ist keine Beeinträchtigung zu erwarten, weil dies rein auf mechanischem Wege erfolgt.

Zum Thema „Ausstattung der Kindergärten“ antwortet **Bürgermeister Dr. Eger**, dass es sich da um eine spezifische Situation handle, weil die Kindergärten außerhalb der Bring- und Abholzeiten geschlossen sind. Weiter werde nicht mehr raumbezogen betreut, was den Einsatz wirksamer Lösungen einschränkt.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird grundsätzlich ermächtigt, entsprechende Maßnahmen des Amokschutzes in Form von neuen Schließanlagen und Alarmierungssystemen für die Parkingschule Grund- und Werkrealschule St. Leon-Rot und Mönchsberg-Grundschule St Leon-Rot zu veranlassen sowie ggfl. ein Ingenieurbüro zu beauftragen.

Die Maßnahme wird zur Ausschreibung freigegeben.

Im Haushaltsplan 2012 sind Mittel in Höhe von insgesamt 74.200 Euro eingestellt. Die restlichen Kosten in Höhe von ca. 75.000 Euro zzgl. notwendiges Ingenieurhonorar müssen im neuen Haushaltsjahr 2013 veranschlagt werden.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö
Verschiedenes

Tagesordnungspunkt: 10

a) Ausstattung Gemeindevollzugsdienst

b) Information Wasserzapfstelle in Malschenberg

Ausführungen und Beschluss:

a) Ausstattung Gemeindevollzugsdienst

Bürgermeister Dr. Eger geht auf die Information zur Ausstattung des Gemeindevollzugsdienstes ein und erklärt, dass zur Mobilität die Ausstattung mit einem Fahrzeug notwendig wird.

Sprecher der Fraktionen der Freien Wähler und CDU Rot/Junge Liste sehen keinen Bedarf für die Ausstattung mit einem PKW und erklären, dass ein Fahrrad, eventuell E-Fahrrad, ausreiche.

Dem gegenüber erklären Sprecher der CDU St. Leon-Rot und der FDP, dass ein Fahrzeug für die Arbeit notwendig wird.

In der Diskussion wird angeregt, eventuell ein benzinbetriebenes Fahrzeug oder ein Leasingfahrzeug zu wählen.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass die Verwaltung diesen in ihre Überlegungen mit einbeziehen wird.

b) Information Wasserzapfstelle in Malschenberg

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Nachdem die in der Aussprache gestellten Fragen beantwortet sind, kommt der Gemeinderat zur Überzeugung, dass die Wasserzapfstelle nicht mehr erforderlich ist.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, falls dies nicht generell zutrefte, werde die Verwaltung das Thema noch einmal auf die Tagesordnung bringen.

Hauptamtsleiter Helmut Braun informiert, dass das Mitarbeiterteam am Jugendzentrum ab November 2012 wieder komplett ist. Für die ausgeschiedene Mitarbeiterin sei es gelungen, mit Frau Diana Kulisic, Magister der Erziehungswissenschaften, eine neue Fachkraft für das Jugendzentrum einzustellen.

Hauptamtsleiter Helmut Braun informiert, dass der Verlag Nussbaum-Medien wegen eines Streikes in Straßburg Probleme beim Papierbezug hatte. Es musste Ersatz beschafft werden, das eine andere Oberflächenbeschaffenheit und andere Druckeigenschaften hatte. Falls Probleme aufgetreten sind, bittet der Verlag um Verständnis.

Hauptamtsleiter Helmut Braun informiert von der Antwort der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH auf eine Anregung von Gemeinderat Dr. Paul Hanke, die Verstärkerfahrten im Berufsverkehr am Morgen und Abend bis zum Bahnhof Rot/Malsch zu verlängern.

Die Nahverkehrsgesellschaft teilte mit, dass die Züge nicht bis zum Bahnhof Rot/Malsch verlängert werden können, weil eine Weichenverbindung im Nordkopf des Bahnhofes Rot/Malsch fehlt. Sollen die Züge bis Rot/Malsch fahren, müssen diese Züge ab dem Bahnhof Wiesloch/Walldorf auf dem Gegengleis fahren, was wegen der Streckenbelegung im Berufs- und Schülerverkehr nicht möglich ist. Es wird zugesichert, bei anstehenden Neuplanungen die positive Fahrgastentwicklung am Bahnhof Rot/Malsch zu berücksichtigen.

Bürgermeister Dr. Eger übermittelt den Dank des FC Rot für die gewährten Zuschüsse.

Sitzung am: Dienstag, 23. Oktober 2012 Nr. 9 Ö
Wünsche und Anfragen

Tagesordnungspunkt: 11

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Adolf Geider fragt, ob das Gemeinderatsprotokoll vom Juli 2012 bereits veröffentlicht wurde.

Bürgermeister Dr. Eger sagt die Prüfung zu.

Gemeinderat Walter Götzmann bittet, auf Radwegen vorhandene Glasscherben insbesondere im Bereich des Drogeriemarktes und hinter der Kirrgasse zu beseitigen.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dass die Verwaltung dies erledigen wird.

Gemeinderat Michael Herling spricht die Vorbereitung für die Vergabe des Präventionspreises an und bittet darum, dass die Beiträge durch Vertreter der einreichenden Vereine vorgestellt werden.

Gemeinderat Michael Herling spricht weiter den für das Jugendzentrum zu beschaffenden Spiegel an. Aufgrund der Größe der Fun-Dancer-Gruppe sei es notwendig, das Training in einem größeren Raum durchzuführen. Eventuell sei eine Zusammenarbeit mit hiesigen Vereinen erforderlich, die einen Gymnastikraum besitzen, in denen ein Spiegel fehlt. Dort könnten dem Jugendzentrum Trainingszeiten eingeräumt werden.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, dies bei den Vereinen abzufragen und er berichtet, dass die Fun-Dancer bei der Senioren-Herbstfeier beteiligt waren und gut angekommen sind.

Bürgermeister Dr. Eger sagt zu, einen Vertreter der beim Jugendpreis beteiligten Vereine einzuladen.

-/-